

BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

BÜRGERSCHAFTSKANZLEI

GREMIENBETREUUNG

Marie-Christine Mirwald/Christina Schnoor

Tel.: 040 428 31-1328 bzw. 040 428 31-1330

Fax.: 040 427 31-2271

E-Fax: 040 4279-11111

E-Mail: marie-christine.mirwald@bk.hamburg.de

christina.schnoor@bk.hamburg.de

ANSCHRIFT

Postfach 100902

20006 Hamburg

SITZ

Schmiedestraße 2

20095 Hamburg

BÜRGERSCHAFT ONLINE

www.hamburgische-buergerschaft.de

HAMBURG, 26.01.2021

Die nächste Sitzung des

Europaausschusses

findet statt am

Dienstag, dem 2. Februar 2021, um 14:00 Uhr.

Die Ausschusssitzung wird gemäß § 57 a in Verbindung mit § 56 Abs. 1 Satz 4 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft als Videokonferenz mit Livestream stattfinden, abrufbar unter folgendem Link:

<https://www.hamburgische-buergerschaft.de/buergerschaft-live/>

Der Vorsitzende des Ausschusses, Richard Seelmaecker (CDU), bittet die Mitglieder sowie ständigen Vertreterinnen und Vertreter, an dieser Sitzung teilzunehmen.

Tagesordnung:

1. Subsidiaritätsprüfung bei solchen Entwürfen von europäischen Gesetzgebungsakten, die der Bürgerschaft im Rahmen des Subsidiaritätsfrühwarnsystems aufgrund der Vereinbarung zwischen dem Präsidenten des Senats und der Präsidentin der Bürgerschaft in der Fassung vom 6. Februar 2012 (Drucksache 20/3243) durch den Senat zugänglich gemacht worden sind.)
hier: abschließende Beratung gemäß § 53 Absatz 3 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO)
– Beschluss der Bürgerschaft vom 25. Januar 2012 (Drucksache 20/2991) – zu folgenden Verfahren:
 - a) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Betriebsstabilität digitaler Systeme des Finanzsektors und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009, (EU) Nr. 648/2012, (EU) Nr. 600/2014 und (EU) Nr. 909/2014;
COM(2020) 595 final - BR-Drs. 768/20

b) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2006/43/EG, 2009/65/EG, 2009/138/EG, 2011/61/EU, 2013/36/EU, 2014/65/EU, (EU) 2015/2366 und (EU) 2016/2341;

COM(2020) 596 final - BR-Drs. 759/20

c) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein EDV-System für die grenzüberschreitende Kommunikation in Zivil- und Strafverfahren (e-CODEX) und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1726;

COM(2020) 712 final - BR-Drs. 735/20

d) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zu einer verstärkten Rolle der Europäischen Arzneimittel-Agentur bei der Krisenvorsorge und dem Krisenmanagement in Bezug auf Arzneimittel und Medizinprodukte;

COM(2020) 725 final - BR-Drs. 738/20

e) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 851/2004 zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten;

COM(2020) 726 final - BR-Drs. 739/20

f) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1082/2013/EU;

COM(2020) 727 final - BR-Drs. 740/20

g) Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG bezüglich der Übertragung von Durchführungsbefugnissen an die Kommission zur Definition der Bedeutung der in einigen Bestimmungen dieser Richtlinie verwendeten Begriffe;

COM(2020) 749 final - BR-Drs. keine

h) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Daten-Governance (Daten-Governance-Gesetz);

COM(2020) 767 final - BR-Drs. 727/20

i) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte Aspekte der Sicherheit und Konnektivität im Eisenbahnverkehr im Hinblick auf die grenzüberschreitende Infrastruktur zwischen der Union und dem Vereinigten Königreich durch die feste Ärmelkanal-Verbindung;

COM(2020) 782 final - BR-Drs. keine

j) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 347/2013;
COM(2020) 824 final - BR-Drs. 779/20

k) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Regeln zur Gewährleistung der grundlegenden Konnektivität im Güter- und Personenkraftverkehr nach dem Ende des im Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft genannten Übergangszeitraums;
COM(2020) 826 final - BR-Drs. keine

l) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften zur Gewährleistung der grundlegenden Konnektivität im Luftverkehr nach dem Ende des im Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft genannten Übergangszeitraums;
COM(2020) 827 final - BR-Drs. keine

m) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte Aspekte der Flugsicherheit im Hinblick auf das Ende des im Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft genannten Übergangszeitraums;
COM(2020) 828 final - BR-Drs. keine

n) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Batterien und Altbatterien, zur Aufhebung der Richtlinie 2006/66/EG und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/1020;
COM (2020) 798 final – BR-Drs. 775/20

o) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung der Reserve für die Anpassung an den Brexit;
COM (2020) 854 final – BR-Drs. 39/21

2. Drs. 22/2400

Haushaltsbeschluss-Entwurf 2021/2022
Haushaltsplan-Entwurf 2021/2022
Mittelfristiger Finanzplan 2020-2024 der Freien und Hansestadt
Hamburg

(Antrag Senat)

hier: Einzelplan 1.1 Senat und Personalamt – Europapolitischer Bereich

– Der Haushaltsausschuss ist federführend, der Europaausschuss ist neben weiteren Fachausschüssen mitberatend. –

3. Nach dem Brexit
(Selbstbefassung vorbehaltlich eines Beschlusses gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)
4. Verschiedenes

Hinweis: Die Sitzungsdauer wird voraussichtlich 2 Stunden betragen.

Für die Teilnahme an einer Videokonferenz sind mindestens eine Kamera und ein Mikrofon als Eingabegeräte sowie ein Bildschirm und ein Lautsprecher oder Kopfhörer als Ausgabegeräte erforderlich.

Den Teilnehmenden wird der Link zur Anmeldung für die Videokonferenz rechtzeitig vor dem Sitzungstermin per Mail zugeleitet.

Beratungen in Verschwiegenheit sind nicht möglich und Abstimmungen erfolgen als namentliche Abstimmungen in entsprechender Anwendung des § 36 Absatz 2 GO.